



Weil's um
Vorarlberg
geht.

Damit das Leben leistbar bleibt – 20 Millionen Euro für Entlastungsmaßnahmen!

Landeshauptmann Markus Wallner präsentierte im Juni 2022 ein Vorarlberger Paket gegen die Teuerung, das beträchtliche Erhöhungen bei Wohnbeihilfe, Familienzuschuss und Heizkostenzuschuss sowie bei den Kinderrichtsätzen in der Sozialhilfe beinhaltet. Dafür nimmt die Landesregierung zusätzliche 20 Millionen Euro in die Hand.

Somit ist das Vorarlberger Paket treffsicher, ausgewogen und nachhaltig in der Wirkung. Die Maßnahmen beschränken sich nicht auf die Aufstockung von Geldbeträgen, sondern sehen auch strukturelle Anpassungen vor, um langfristig wirksam zu sein.

Sie treten schrittweise in Kraft – die Wohnbeihilfe ab 1. Juli 2022, Familienzuschuss und Heizkostenzuschuss im Oktober 2022, die Erhöhung der Kinderrichtsätze in der Sozialhilfe am 1. Jänner 2023.

Die Maßnahmen im Detail:



Wohnbeihilfe:

- Die Wohnbeihilfe wird deutlich erhöht.
- Die Einkommensgrenze für Bezieher wird erhöht.
- 6,5 Mio. Euro Mehrkosten 2022
- Gesamtaufwand 2022 – 35,5 Mio.
- Gesamtaufwand 2023 – 41 Mio.



Weil's um Vorarlberg geht.



Familienzuschuss

- Der Mindestzuschuss beim Familienzuschuss wird verdreifacht. Von 51 Euro auf 150 Euro.
- Der Höchstzuschuss wird um 20 Prozent erhöht. Von 505,50 Euro auf 600 Euro.
- Neue Gewichtung mit Fokus auf junge Paare mit 1-3 Kindern.
- Im Oktober 2022 einmalige doppelte Auszahlung des Familienzuschusses. Dies betrifft in etwa 400 Familien in Vorarlberg.



Heizkostenzuschuss

- Der Heizkostenzuschuss wird 2022/23 von 270 Euro auf 330 Euro erhöht.
- Die Einkommensgrenzen werden erhöht.
- Der Kreis der Anspruchsberechtigten steigt um bis zu ca. 5.000 Haushalte auf 17.000.
- Die Kosten für das Land Vorarlberg steigen von 2,4 Mio auf 5,6 Mio Euro.



Kindersozialhilfe

- Ab 1. Jänner 2023 werden die Kinderrichtsätze in der Sozialhilfe um 5 Prozentpunkte angehoben.
- Jedes Kind im Bezug einer Sozialhilfeleistung bekommt rund 29 Euro pro Monat mehr Lebensunterhalt.
- Der zusätzliche Kostenaufwand erhöht sich bei durchschnittlich 200 Kindern um rund 700.000 Euro pro Jahr.

Mehr Informationen auf www.volkspartei.at